

Amts- und Anzeigebblatt

für den Amtsgerichtsbezirk Eibenstock und dessen Umgebung

Seitenspreis vierteljährl. M. 3.00 einschließlich des Postens. Unterhaltungsblätter in der Geschäftsstelle, bei unseren Boten sowie bei allen Reichspostanstalten. — Erscheint täglich abends mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage für den folgenden Tag.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger unvorhersehbarer Ereignisse des Betriebes der Zeitung, der Redaktionen oder der Druckereianstalten — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung aber auf Zahlung des Bezugspreises.

Verl.-Adr.: Amtsblatt.

Tageblatt für Eibenstock, Carlsfeld, Hundshäbel, Neuheide, Oberkühngrün, Schönheide, Schönheiderhammer, Sofa, Unterkühngrün, Wildenthal usw.

Anzeigenpreis: die kleinste Zeile 20 Pfg., auswärts 25 Pfg. Im Metall die Zeile 50 Pfg. Im amtlichen Teile die gespaltenen Zeile 50 Pfg. Annahme der Anzeigen bis spätestens vormittags 10 Uhr, für spätere Tage vorher. Eine Gewähr für die Aufnahme der Anzeigen am nächsten oder am vorgeschriebenen Tage sowie an bestimmter Stelle wird nicht gegeben, ebensowenig für die Richtigkeit der durch Fernsprecher angegebenen Anzeigen.

Fernsprecher Nr. 110.

Verantwortl. Schriftleiter, Drucker und Verleger: Emil Hannebohn in Eibenstock.

06. Jahrgang.

Nr 164.

Sonnabend, den 19. Juli

1919.

Normalpreise für die Verpachtung von Apfel-, Birnen- und Pflaumennutzungen.

Auf Grund des Gesetzes, betreffend Höchstpreise vom 4. August 1914 (RdM. S. 339) mit den dazu ergangenen Abänderungsverordnungen, der Verordnung über die Errichtung von Preisprüfstellen und die Versorgungsregelung vom 25. September / 4. November 1915 (RdM. S. 607 / 728) und der Bundesratsverordnung über Auskunftsplikt vom 12. Juli 1917 (RdM. S. 604) wird folgendes angeordnet:

Im Sinne dieser Verordnung ist **Wirtschaftsobst** alles Schüttel-, Most- und Fallobst, doch muß es zur Herstellung von Marmeladen, zum Kochen und Dörren und zu sonstigen Wirtschaftszwecken geeignet sein.

Tafelobst sind alle übrigen zum Rohgenuß geeigneten Früchte.

Es werden für Verpachtungen folgende Normalpreise je Zentner festgesetzt:

Tafeläpfel	M. 40.—
Tafelbirnen	" 35.—
Wirtschaftsäpfel	" 20.—
Wirtschaftsbirnen	" 15.—
Pflaumen (Zweitschen)	" 25.—

Pachtverträge über Obstnutzungen von Äpfeln, Birnen und Pflaumen haben nur Gültigkeit, wenn sie schriftlich unter Benennung der Pachtsumme und des vor der Verpachtung abzuschließenden voraussichtlichen Ernteergebnisses abgeschlossen sind. Eine Ausfertigung des Vertrages ist nach 8 Tagen seit dem Inkrafttreten dieser Verordnung bez. 5 Tagen nach Abschluß des Vertrages vom Verpächter dem Kommunalverband, in dessen Gebiet die Obstnutzung liegt, einzureichen. Gleichzeitig mit dieser Einreichung sind unter Benennung der Pächter und Erträge die Pachtpreise anzugeben, die in den Jahren 1914, 1915, 1916, 1917 und 1918 für dieselbe Obstnutzung bezahlt worden sind.

Die Pachtpreise müssen unter derjenigen Summe bleiben, die sich bei der Veranschlagung des voraussichtlichen Ernteergebnisses zu den unter I festgesetzten Höchstpreisen, abzüglich M. 15.— je Ztr. bei Tafeläpfeln und Tafelbirnen, M. 7.— je Ztr. bei Wirtschaftsäpfeln und Wirtschaftsbirnen und M. 12.— je Ztr. bei Pflaumen, ergibt. Niedriger vereinbarte Pachtpreise bleiben in Kraft; die Vereinbarung höherer Pachtpreise ist unzulässig. War vor dem Tage des Inkrafttretens der Verordnung ein höherer Pachtpreis bereits vereinbart worden und kommt eine Einigung über den Preis zwischen den Parteien nicht zustande, so ist der Pachtvertrag unzulässig. Doch ist vom Kommunalverband, in dessen Gebiet die Obstnutzung liegt, auf einen binnen einer Woche seit dem Tage des Inkrafttretens dieser Verordnung zu stellenden Antrag einer Vertragspartei der Pachtpreis nach vorheriger Anhörung von Sachverständigen mit bindender Wirkung für die Vertragsparteien festzusetzen.

Alle Verpächter und Pächter von Apfel-, Birnen- und Pflaumennutzungen sind verpflichtet, der Landesstelle für Gemüse und Obst oder deren Beauftragten, sowie den Kommunalverbänden und ihren Beauftragten — die zur Geheimhaltung verpflichtet sind — jederzeit zu gestatten, zur Ermittlung richtiger Angaben ihre Geschäftsbücher und Geschäftsbücher einzusehen zu lassen.

Wer den vorstehenden Vorschriften zuwiderhandelt, insbesondere, wer auf Grund einer unzulässigen Preisvereinbarung eine Leistung vollzieht oder Pachtverträge mit falschen Angaben einreicht oder die sonst nach II erforderlichen Angaben falsch erstattet oder ihre Erstattung und die Einreichung des Pachtvertrages während der vorgeschriebenen Frist unterläßt, wird, soweit nicht höhere Strafen verurteilt sind, mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 M. bestraft.

Die Verordnung tritt mit ihrer Veröffentlichung in Kraft. 1535 V G 1
Dresden, am 16. Juli 1919. 7826

Wirtschaftsministerium,
Landeslebensmittelamt.

Höchstpreise für Erbsen.

Auf Anweisung der Reichsstelle für Gemüse und Obst wird mit sofortiger Wirkung der **Erzeugerhöchstpreis** für Erbsen für das Pfund auf 25 Pfg. festgesetzt. Mit Wirkung vom 20. Juli ab beträgt an Stelle des jetzigen für das Pfund Erbsen der

Großhandelshöchstpreis 35 (37) Pfg. und der **Kleinhandelshöchstpreis** 46 (48) Pfg.

Die in Klammern gesetzten Höchstpreise gelten für die Kommunalverbände Dresden-Stadt und -Land, Leipzig-Stadt, Chemnitz-Stadt und Plauen-Stadt.

Die neuen Preise treten von dem jeweilig festgesetzten Zeitpunkt ab an die Stelle der in der Bekanntmachung des Wirtschaftsministeriums vom 10. Juli d. J. über Höchstpreise für Freilichtgemüse — Nr. 156 der Sächsischen Staatszeitung vom 12. Juli 1919 — unter I Ziffer 1 für Erbsen aufgeführten Preise. 2104 V G. 2. 19
Dresden, den 16. Juli 1919. 7801

Wirtschaftsministerium,
Landeslebensmittelamt.

Im Handelsregister für den Stadtbezirk ist heute eingetragen worden: auf Blatt 343 die **Firma R. Albert Funke in Eibenstock** und als deren Inhaber der Kaufmann Rudolf Albert Funke in Eibenstock. Angegebener Geschäftszweig: Fabrikation von Stickeren und Befahrteln. Eibenstock, den 17. Juli 1919.

Das Amtsgericht.

Städtischer Fleischverkauf

Sonnabend, den 19. des Monats.

Zur Verteilung gelangen:

100 g ausr. **Böckelrindfleisch** zu 1,00 M.,
125 g amerik. **Schweinefleisch** zu 1,12 M.

Kinder unter 6 Jahren erhalten die Hälfte.

Urlauber werden im Geschäft von **Dautenhahn** beliefert.

Eibenstock, den 18. Juli 1919.

Der Stadtrat.

Verbot des vorzeitigen Einsammelns von Beeren.

I. Das Einsammeln von wildwachsenden Beeren aller Art, insbesondere Heidel-, Preisel- und Himbeeren, in **unreifen Zustände** ist verboten.

Weiter ist die Verwendung von Kämmen beim Beeren sammeln verboten, da hierbei in der Regel eine große Menge unreifer Beeren mit abgerissen wird.

II. Hinsichtlich der Heidel-, Preisel- und Himbeere wird hiermit bestimmt, daß das **Einsammeln**

1. von **Heidelbeeren** erst vom **25. Juli 1919**,
2. " **Himbeeren** " " **5. August** " und
3. " **Preiselbeeren** " " **1. September** "

an zulässig ist und zwar auch nur in der Zeit von **früh 7 Uhr bis abends 7 Uhr**.

Ausdrücklich wird noch darauf hingewiesen, daß auch in der erlaubten Zeit **unreife Beeren nicht** gesammelt werden dürfen.

III. Zuwiderhandlungen werden auf Grund von § 17 der Bundesratsverordnung vom 25. September 1915 mit Gefängnis bis zu 6 Monaten oder mit Geldstrafe bis zu 1500 Mark bestraft.

Die Erziehungspflichtigen (Eltern oder Vormünder) **haften** für die Kinder.

Forstrevierverwaltungen **Eibenstock** und **Auersberg**,

den 17. Juli 1919.

Die letzte Woche.

Als die Feindseligkeiten im Weltkriege beendet waren, und der Waffenstillstand eintrat, nach welchem Millionen eine schnelle und volle Versöhnung der Völker erwarteten, mußten wir fast 8 Monate uns gedulden, bis der Friede in Versailles unterzeichnet werden konnte. Und niemals hat ein Friede weniger den Hoffnungen entsprochen, die auf ihn gesetzt worden waren. Nachdem Deutschland so zwei Meilensteine auf seinem Leidenswege überholt hatte, marschieren wir nun auf den dritten zu. Und dieser Weg der Erfüllung der Friedensbedingungen rechnet nicht nach Monaten, sondern nach Jahren. 15 Jahre sind uns als Frist gesetzt für die Okkupation des Rheinlandes, dreißig Jahre sind in Aussicht genommen für die Entschuldung des deutschen Reiches und auf die Frage, bis wann die hohe Kriegsschuldigung an unsere bisherigen Gegner beglichen werden soll, haben wir überhaupt noch keine Antwort. Das ist eine trübe Zukunft. Ist es für die bevorstehenden Jahrzehnte ein Trost, so ist es der, daß jeder Schritt auf dem

Wege zur Abtragung unserer Schulden und Verpflichtungen auch ein Schritt auf dem Wege zur Wiederrichtung der deutschen Volkswirtschaft ist. Dies Ziel liegt uns heute noch unendlich fern, aber einmal muß es doch in Sicht kommen.

Nicht weniger schwer, als es vielen Deutschen geworden ist, an den Inhalt des Friedensvertrages zu glauben, wird es ihm werden, an diese zahllosen Steuern, die sich zu gewöhnen, die vor uns über die Straße der Zukunft ausgepostet werden. Es sind so viele, daß sie sich gar nicht übersehen lassen, und daß uns der Schweiß von jeder Stirne rinnen wird, wenn wir darüber fortklettern müssen. Aber es bleibt uns nichts Anderes übrig, und das muß uns lehren, wie wir uns am besten einrichten. Heute ist der große Steuerplan noch graue Theorie, auch hier wird die grüne Praxis kommen, die niemanden von seinen Verpflichtungen befreit wird, wenn wir wieder zu wirklicher Lebensfreude kommen wollen. Deutschland wird heute, das wollen wir zu unserer Genugung doch hervorheben, von den geschäftskundigen Amerikanern als Käufer doch noch höher eingeschätzt, wie mancher „stegreiche“

Staat. Tun wir alles, was in unsern Kräften steht, Vertrauen und Kredit wiederzugewinnen, so werden wir auch das, was heute kaum möglich erscheint, soweit verwirklichen, wie es menschlichen Kräften zu erfüllen gegeben ist.

Weltpolitik können wir in absehbarer Zeit nicht treiben, sondern nur Weltarbeit leisten, darüber sind sich Reichsregierung und Nationalversammlung klar. Auch das deutsche Volk weiß das. Aber aus der jetzt in Angriff genommenen Verbesserung und Verbilligung der Ernährung wird sich doch eine gewisse Hebung der Stimmung herleiten, der auch endlich die Einsicht folgen muß, welche den unbedachten Ausständen ein Ende macht. Wie der Preisstand, so muß auch das Streikfieber sinken. Wer sich in der Welt umsieht, der wird nirgendwo im Ausland finden, daß es dort die Arbeiter besser haben, wie in Deutschland. Daraus ergibt sich als Ziel nicht der Streik, sondern die unentwegte Arbeit. Wir sind doch wohl endlich so weit, daß die in Weimar verkündeten Programme in jedem Takte umgesetzt werden, als Gegenstück zu den unvermeidbaren Strukturleistungen. Die deutschen Großstädte,

die früher durch ihre hervorragenden Leistungen Weltruf hatten, geben zur Stunde vielfach ein trübseliges Bild, am meisten die Reichshauptstadt. Neben der Hoffnung auf Besserung besteht aber die Tatsache, daß sich das wirtschaftliche Leben in Mittel- und Kleinstädten und auf dem Lande ungeschwächt erhalten hat, und das ist viel wert. Das Ende der Blockade und der wieder einsetzende freie Welthandel kann Wunder tun, wenn er die ihm gebührende Unterstützung überall erfährt.

Während der Präsident Wilson sich bemüht, die amerikanische Volkvertretung in Washington seinem Friedensvertrage geneigt zu machen, ohne aber Gründe von Gewicht dafür vorbringen zu können, weshalb er nicht zu seinen 14 Punkten festgehalten hat, bestehen in England erhebliche neue Schwierigkeiten wegen der Kohlenproduktion. In Frankreich steigert sich der Protest der Sozialisten gegen die Einzelheiten des Friedensvertrages, über den sich die Beratungen in den Pariser Kammern geraume Zeit hinziehen werden. Vielleicht erwächst daraus wenigstens das Gute, daß die Bedingungen für die Okkupation in den Rheinländern Milderungen erfahren. Als Beginn von solchen kann unter Umständen die Gestattung der Einfuhr aus dem besetzten Gebiet in das übrige Deutschland betrachtet werden.

Bei der französischen Siegesfeier am 14. Juli ist es in Paris zu lebhaften Zusammenstößen zwischen der Polizei und Sozialisten gekommen. Die Bänkereien zwischen Italien und seinen Verbündeten dauern noch fort; aber wenn die italienischen Zeitungen glauben, ein neuer Völkerbund, bestehend aus Italien, Deutschland, Rußland, Japan und den Balkanstaaten, als Gegengewicht gegen Frankreich, England und Amerika prophesieren zu können, schließen sie über das Ziel hinaus. Deutschland kann keine Offensiv-Politik treiben, und wenn es das könnte, würde es doch mit der Lehre rechnen, die ihm Italien durch seinen Verrat von Pfingsten 1915 erteilt hat, wo es sich auf die Seite der Entente schlug. Dem ungarischen Diktator Bela Kun wird jetzt durch Ententetruppen sein kommunistisch-bolschewistisches Regiment gelegt werden. Seine finanziellen Gewaltmaßregeln haben den Krieg zum Ueberlaufen gebracht. Wm.

Zwei bedeutsame Dokumente.

Der Friedenswille des Kaisers.

Berlin, 17. Juli. Mehrere Blätter verbreiten nach der Zeitschrift „Deutsche Politik“ folgenden Brief Kaiser Wilhelms II. an den Reichskanzler Bethmann-Hollweg:

Konigs Platz, 28. Juli 1914, 10 Uhr vormittags.

Guer Excellenz! Nach Durchlesung der serbischen Antwort, die ich heute morgen erhielt, bin ich der Überzeugung, daß im großen und ganzen die Wünsche der Donaumonarchie erfüllt sind. Die paar Reserven, welche Serbien zu einzelnen Punkten macht, können meines Erachtens durch Verhandlungen wohl geklärt werden. Aber die Kapitulation liegt darin obli et ubi (vor der ganzen Welt. Red.) verkündet und durch sie entfällt jeder Grund zum Kriege. Dennoch ist dem Stück Papier wie seinem Inhalt nur beschränkter Wert beizumessen, solange er nicht in die Tat umgesetzt wird. Die Serben sind Orientalen, daher verlogen, falsch und Meißner im Verschleppen. Damit diese schönen Versprechungen Wahrheit und Tatsache werden, muß eine douce violence (gelinde Gewalt) geübt werden. Das würde dergestalt zu machen sein, daß Oesterreich ein Faustpfand (Belgrad) für die Erzwingung und Durchführung der Versprechungen besetzte und solange behielte, bis tatsächlich die Verita durchgeführt sind. Das ist auch notwendig, um der zum dritten Male umsonst mobilisierten Arme eine äußere satisfaction d'honneur zu geben, den Schein eines Erfolges dem Ausland gegenüber und das Bewußtsein, wenigstens auf fremdem Boden gestanden zu haben, ihr zu ermöglichen. Ohnedies dürfte beim Ueberleben eines Feldzuges eine sehr able Stimmung gegen die Dynastie aufkommen, die höchst bedenklich wäre. Falls Guer Excellenz diese meine Auffassung teilen, so würde ich vorschlagen, Oesterreich zu sagen, der Rückzug Serbiens sei erzwungen und man gratuliere dazu. Natürlich sei damit ein Kriegsgrund nicht mehr vorhanden, wohl aber eine Garantie nötig, daß die Versprechungen ausgeführt würden. Das würde durch die vorübergehende militärische Besetzung eines Teiles von Serbien wohl erreichbar sein, ähnlich wie wir 1871 in Frankreich Truppen stehen ließen, bis die Milliarden gezahlt waren. Auf dieser Basis bin ich bereit, den Frieden in Oesterreich zu vermitteln. Dagegen laute Beschlüsse oder Proteste anderer Staaten würde ich unbedingt ablehnen, umso mehr, als alle mehr oder weniger offen an mich appellierten, den Frieden erhalten zu helfen. Das werde ich tun auf meine Manier und so schonend für das österreichische Nationalgefühl und für die Waffenehre seiner Arme als möglich, denn in letztere ist schon seitens des obersten Kriegsherrn appelliert worden und sie ist dabei, dem Appell zu folgen, also muß sie unbedingt eine sichtbare satisfaction d'honneur haben. Das ist Vorbedingung für meine Vermittlung. Daher wollen Guer Excellenz in dem skizzierten Sinne einen Vorschlag mir unterbreiten, der nach Wien mitgeteilt werden soll. Ich habe in obigem Sinne an den Chef des Gene-

ralstabes durch Blesien schreiben lassen, der ganz meine Ansicht teilt.

(gez.) Wilhelm I. R.

Im gleichen Sinne ist gehalten, was der Generaladjutant des Kaisers, General von Blesien, an den Generalstabchef von Moltke zu melden hat:

Potsdam, 28. Juli 1914.

Seine Majestät der Kaiser und König lassen Guer Excellenz folgendes mitteilen: Die Antwort der Serben auf das österreichische Ultimatum liegt jetzt vor. Nach Kenntnisnahme desselben finden Seine Majestät, daß die Serben im wesentlichen alle an sie gestellten Anforderungen zugestanden haben und daß damit für Oesterreich-Ungarn der Anlaß zum Kriege fortfällt. Sir Edward Grey hat infolge der gleichen Auffassung uns zur Vermittlung aufgefördert, welcher Aufforderung wir nicht anders als in zufälliger Weitergabe entsprechen konnten, wenn wir nicht den Vorwurf auf uns laden wollten, daß wir zum Kriege trieben. Auf alle Fälle müßte Oesterreich-Ungarn aber ein Faustpfand mit Beschlagnahme als Bürgschaft, daß die gemachten Versprechungen von den Serben auch eingehalten werden. (gez.) Blesien. Ebenso machte der Kaiser unter die serbische Antwortnote selbst die Bemerkung:

Eine brillante Leistung für eine Frist von 48 Stunden. Das ist mehr, als man erwarten konnte; ein großer moralischer Erfolg für Sie. Damit fällt jeder Kriegsgrund fort und Blesien hätte ruhig in Belgrad bleiben sollen. Daraufhin hätte ich niemals Mobilmachung befohlen.

Tagesgeschichte.

Deutschland.

Jochs Strafe für Berlin. Marschall Joch hat der deutschen Regierung eine Note zugehen lassen, welche die Forderung der französischen Regierung für die Lösung des Sergeanten Manheim in der Berliner Friedrichstraße zusammenfaßt. Beteiligt wird danach: 1. Beschleunigung des gerichtlichen Verfahrens; 2. Entschädigung wegen des Vorfalls; 3. Uebernahme der Kosten der Befragung; 4. Entschädigung von 100 000 Franks für die Familie des Getöteten und 5. Buße der Stadt Berlin von einer Million Franks in Gold.

Mit der Entschuldigung und dem Ausdruck des Bedauerns über den Vorfall hat, wie bekannt, unsere Regierung nicht bis jetzt gewartet. Die Antwortnote auf Marschall Jochs Mitteilung ist bereits dem Kabinett in Weimar vorgelegt worden; sie hebt alles hervor, was in der Angelegenheit bereits geschehen ist, und behandelt im Anschluß daran die Frage der Entschädigung und der Bußeleistung.

Erklärung des Dreier-Kates über Rheinbesetzung u. Besatzungskosten. Wie die „Frankfurter Zig.“ der englischen Presse entnimmt, haben Wilson, Clemenceau und Lloyd George am 16. Juni folgende, erst jetzt veröffentlichte Erklärung abgegeben: Da die Kosten der Besetzung eine entscheidende Beschränkung des für die Entschädigung verfügbaren Betrages bedeutet, so haben die alliierten und assoziierten Mächte in Artikel 431 bestimmt, daß, wenn vor dem Ende der 15jährigen Zeitfrist Deutschland alle seine Verpflichtungen, die ihm der Vertrag auferlegt, erfüllt haben sollte, die Besatzungstruppen sofort zurückgezogen werden sollen. Um die Lasten der Entschädigungssumme zu mildern, willigen sie jetzt und für die Zukunft ein, daß, sobald die interessierten alliierten und assoziierten Mächte davon überzeugt sind, daß die Bedingungen für die Entlassung Deutschlands in zufriedenstellender Weise erfüllt worden sind, die von Deutschland zur Deckung der Besatzungskosten zu zahlende Summe nicht 240 Millionen Mark in Gold übersteigen werde.

Das Gesetz über die Vermögensabgabe nicht endgültig. Das Gesetz über die Vermögensabgabe ist in der jetzt veröffentlichten Form noch keineswegs endgültig. Es wird erst noch vom Staatsauschuß geprüft, und es ist sehr zweifelhaft, ob die Vertreter der Länder das Gesetz in der Erzbergerischen Form an die Nationalversammlung werden gelangen lassen.

Die Regierung gegen die Loslösung Birkenfelds. Der Reichsregierung ist bekannt, daß sich hinter den Loslösungswünschen in Birkenfeld wesentlich andere aufs schärfste zu verurteilende Bestrebungen verbergen, die auf einen Anschluß an das unter Verwaltung des Völkerbundes stehende Saargebiet hincielen. Das würde ein wenigstens zeitweises Ausscheiden aus dem Reich bedeuten und zugleich eine widerrechtliche Verchiebung der Grenzen des Saargebietes, wie sie beim Friedensschluß festgelegt worden sind. Die Bestrebungen verstoßen gegen die Reichsverfassung und den Friedensvertrag. Die Reichsregierung, im Einvernehmen mit der oldenburgischen Regierung legt darum schärfste Verwahrung gegen sie ein.

Frankreich.

Die Frist für die Ratifikation verlängert. Eine Havasdepesche meldet: Die Alliierten haben die Frist zur Ratifikation des Friedensvertrages mit Deutschland in den Parlamenten der alliierten Staaten bis zum 1. September verlängert. Acht Tage nach der letzten Ratifikation werden die alliierten Truppen diejenigen deutschen Gebiete besetzen, in denen Volksabstimmun-

gen über die staatsrechtliche Zugehörigkeit entscheiden sollen.

Spanien.

Rücktritt der spanischen Regierung. Nachdem in den Cortes eine Abstimmung über Unregelmäßigkeiten bei den letzten Wahlen zu Ungunsten der Regierung ausgefallen ist, ist die Regierung zurückgetreten. Nach einer Meldung des Londoner „Times“ hat der König die Demission des Kabinetts Maura angenommen und Dato zu sich entboten.

Amerika.

Wilson gegen die Danziger Lösung. Laut Amsterdamer „Telegraaf“ erklärte Wilson in seiner Senatsrede u. a., es genüge nicht, Frieden zu schließen. Gegenüber, wie das Saargebiet, hätten nicht einer zeitweiligen Verwaltung unterstellt werden können, die nicht zugleich in der Praxis die Uebertragung der Souveränität in sich schloffe. Ein Staat wie Danzig hätte nicht ins Leben gerufen werden sollen. Andere Fragen hätten keine befriedigende Lösung finden können, und die Deutschland auferlegten Wiedergutmachungen und die gegenfeitigen Bürgschaften bezüglich der Arbeitsbestimmungen würden unmöglich gewesen sein ohne den Völkerbund.

Örtliche und Sächsische Nachrichten.

Carlsfeld, 16. Juli. In einer gut besuchten Versammlung von Kriegsbeschädigten und Kriegserwitwen wurde hier am 16. Juli eine Ortsgruppe unter dem Vorsitz des Herrn Lehrer Hillig gegründet. Nachdem über Zweck und Ziele des Reichsbundes berichtet worden war, traten 13 Kriegsbeschädigte und 25 Hinterbliebene der Vereinigung bei. 30 Kriegsgefangene sind in unserem Orte in den nächsten Wochen zurückzuerwartet, sofern nicht die Entente unerwartet die Rückforderungstermine hinauszögert. Da diese unsere Brüder voraussichtlich nicht geschlossen eintreffen, dürfte sich eine Empfangskomitee vor der Hand leider nicht ermöglichen lassen, sondern wird erst nach Eintreffen aller vorgenommen werden können. Auch unser Gebirgsort wird sich nicht nehmen lassen, seine schwergeprüften Söhne in der Heimat gebührend willkommen zu heißen.

Dresden, 15. Juli. Eine in Loschwitz abgehaltene von 1400 Personen besuchte Versammlung des gasthausbesuchenden Publikums nahm folgende Entschlüsse an: Da letzten Endes das Publikum bei eventueller Trinkgeldablösung doch für die Löhne des Gasthauspersonals aufzukommen hätte und außerdem dem Dienstherrn noch Trinkgelde in reichlichem Maße zukommen lassen muß, um serviert zu werden, wie bekanntgegebene Beispiele aus Berlin und Düsseldorf beweisen, so fordern wir das Gasthauspersonal auf, innerhalb 48 Stunden die Arbeit mit Trinkgelberempfang und Löhnen zu den bisbeigigen Sätzen wieder aufzunehmen, andernfalls wir vorläufig auf die Dauer von drei Monaten nach Beendigung des Streiks auf jedwede Bedienung von selten des Bedientenpersonals in Hotels, Gastwirtschaften und Kaffees verzichten und uns gern selbst bedienen werden.

Reuzersdorf, 17. Juli. Frau Kommerzienrat Arno Hoffmann spendete zur Erinnerung an ihren verstorbenen Gatten 100 000 Mark an dessen Lebensjahr zur Errichtung einer Stiftung, deren Zinsen für arbeitsunfähig gewordene Arbeiter und Angestellte der Firma C. O. Hoffmann verwendet werden sollen.

Hohenstein-Ernstthal, 16. Juli. Angeblich französische Offiziere hatten in einer hiesigen Baumschule größere Posten von Obstbäumen angekauft, die nach ihrer Angabe für die zerstörten Gebiete Frankreichs verwendet werden sollten. Der ganze Kauf war ein Schwindel und die Käufer wurden in Dresden verhaftet. Mehrere Baumschulbesitzer sind hierdurch schwer geschädigt worden.

Annaberg, 16. Juli. Der Präsident der Reichsfleischstelle, Herr Geh. Regierungsrat v. Ostertag, ist mit dem Leiter der sächsischen Viehzentrale in Annaberg eingetroffen, um eine Besichtigung der ergiebigen Zuchtvieh-Verhältnisse vorzunehmen.

Seyersdorf, 16. Juli. Infolge des starken Regens in den letzten Tagen brachen Erdmassen in den Schleusenbau in der Alten Forstendorfer Straße und verursachten die Verschüttung des mit Ausschichten beschäftigten Arbeiters Paul Müller. Wiederbelebungsversuche waren vergeblich. Der Verunglückte hinterläßt drei Kinder von 12, 8 und 4 Jahren. In der vergangenen Osterzeit ist die Frau des Verunglückten gestorben.

Ritzberg, 16. Juli. Um der Finanznot der Stadt zu begegnen, haben die Stadtverordneten einen Aufruf veröffentlicht, worin die vermögenden Einwohner aufgefordert werden, der Stadt größeres Kapital schenkungsweise, zu niedrigerem Zinsfuß oder ohne Zinszahlung zu überlassen.

Falkenstein, 17. Juli. Nachdem keine Ruhestörungen mehr vorgekommen sind, ist im hiesigen Amtsgerichtsbezirk der verschärfte Belagerungszustand aufgehoben worden.

Mit der Auflösung der Kriegsgesellschaften wird jetzt in raschem Tempo vorgegangen. 23 dieser Gesellschaften sind bereits in Liquidation, 10 bis 12 Gesellschaften sind der Liquidation nahe. Die J. E. G. soll nur noch abrechnen können. In Tätigkeit sind namentlich noch die sogenannten großen Gesellschaften, so die Reichsgetreibestelle, die für Fleisch, Fett usw. die zentrale Bewirtschaftung eines Artikels nicht mehr nötig ist, sollen auch die Kriegsgesellschaften aufgelöst werden.

Uebergreifen des Bandarbeiterstreiks auf Sachsen? In einzelnen Teilen des Freistaates Sachsen wird mit dem Ausbruch eines

Streiks
besonder
heim,
sich mit
hat. Z
sind zu
besser h
toren et
hen. P
Meißn
gender.
ganzen
Erfolg
streiks

2. 3
30 0
auf Nr. 2
44590 820
20980 965
1000
40851 511

Die

Ein
Volkswir
vollzogen
zeugung
lennung
Förderun
samen A
ausreich
vor dem
Anspann
sten wirt
stellungen
wo diese
die Besch
auch das
tung u
Haushalt
tellig ist
für Inbr
Lage, de
dem Ma
bei den
ne n d
werke kei
nen, nod
den Hou
die Stron
bereits je
völlerung
fundamen
stumpf g
sie zur
lichen Pr
inten s
je u m
vielen W
abzugew
Inlandbe
Schleuse
kerelen a
müssen, i
Betriebe
Verber
Belegsta
zogener
zu dieser
gramm f
unter sol
und Stör
und Stär
die Erzeu
entgegen
Mühte d
mangel z
wird aber
eben, der
Industrie
maßnung
etwas au
der Regie
an dem
kann es
kommen.
Kohlenver
dem Erfr
Verhänge

Der
wan vor
nahm se
Hawloni
„Z
sehen u
Maria v
Blantafel
vermecht
Gang hi
Aber
gab es d
ein Bah
erfahren
Min
lehnte ni
immer t

Chemnitz, Curt Seidel, Seminarist, Niederfeldly, Hermann Böhm, Seminarist, Stegisch, Dresden, Erhard Werner, Realgymnasialst., Walter Werner, Realgymnasialst., Erich Werner, Seminarist, Saml. Meisen.

Nachrichten aus der Kirchengemeinde Eibenstock
vom 18. bis 19. Juli 1919.

Ausgehoben: 1) Paul Theodor Schmidt, Handarbeiter hier und Marie Frieda Hippold hier. 2) Ernst Albert Götter, Waldarbeiter hier u. Anna Martha Feder geb. Ullmann in Neuwelt. 3) Gustav Adolph Beger, Tischlermeister hier und Jda Emma Wehner geb. Ullrich hier.

Getraut: Alfred Emil Weikert, Telegraphenarbeiter hier und Elise Meinel hier.

Getauft: 1) Gertrud Elise Linger. 2) Lotte Johanne Linger.

Am 5. Sonntag nach Trinitatis.

Vorm. 9 Uhr: Predigtgottesdienst, Text: Apokalypse 4, 20-21, derselbe. **Vorm. 11 Uhr:** Kindergottesdienst für die 1. Abt. (6.-8. Schuljahr), derselbe.

Die Unterredung für die Jünglinge fällt aus.

Sep. ev.-luth. St. Johannes-Gemeinde.

Vorm. 9 Uhr: Segensgottesdienst.

Methodisten-Gemeinde.

Sonntag vorm. 10 Uhr: Predigt. **Vorm. 11 Uhr:** Sonntagsschule. **Abends 8 Uhr:** Predigtgottesdienst, Prediger Boehold. **Freitag abends 7,9 Uhr:** Gebetsstunde.

Kirchennachrichten aus Schönheide.

Dom. V post Trinit. (Sonntag, den 20. Juli 1919.)

Feierliche Ordination und Einweihung des Pfarraltars Statte aus Eibenstock durch Oberkirchenrat Superintendenten Thomas. **Predigt des Eingeweihten.**

Kirchenmusik: Symphonie. Gem. Chor v. Stadler.

Neueste Nachrichten.

Berlin, 18. Juli. Die Streitigkeiten zwischen dem Nationalverband deutscher Offiziere und dem neugebildeten republikanischen Führerbund haben, wie das „Berl. Tagbl.“ von zuständiger Stelle erfährt, den Reichswehrminister zu einer grundsätzlichen Erklärung veranlaßt. Es wird betont, daß der republikanische Führerbund ebenso wie der Nationalverband eine nur durch die Initiative einzelner Offiziere erfolgte Gründung ist. Von einer Unterstützung seitens der Regierung kann deshalb keine Rede sein. Der Reichswehrminister steht auf dem Standpunkt, daß politische Verbindungen innerhalb der Reichswehr durchaus unzulässig sind und nur zu Cliquenbildungen wie im alten Heer führen würden, die wir stets bekämpft haben. So wie ein Weiterbestehen eines derartig politisch gegensätzlichen Offiziersbundes im Verband der Reichswehr nicht gewollt werden

kann, so ist der politischen Ueberzeugung des einzelnen kein Zwang auferlegt. Jeder Angehörige der Reichswehr hat selbstverständlich alle Rechte des Staatsbürgers.

Berlin, 18. Juli. Der sozialdemokratische Bezirksvorstand fordert die Parteigenossen entgegen der von den Unabhängigen und den Kommunisten propagierten Arbeitseinstellung auf, am 21. Juli unter allen Umständen in den Betrieben zu bleiben und geschlossen an den Veranstaltungen der Partei nach Arbeitsschluß teilzunehmen, die sich gegen den Gewaltfrieden und gegen den Imperialismus richten und für den Bülkerbund und für den Aufbau des Wirtschaftslebens eintreten.

Stettin, 18. Juli. Ueber Stettin ist der ver- schärfte Belagerungsstand verhängt worden. Automobile mit Maschinengewehren und Soldaten besetzt durchfahren die Straßen. An allen wichtigen Punkten sind starke Feldwachen aufgestellt. Um dem Bürgerstreik zu begegnen, hat der unter sozialistischer Leitung stehende Arbeiterkonsumverein heute seine Läden wieder eröffnet und den Verkauf von Waren wieder begonnen.

Stettin, 18. Juli. Trotz des Streik- schlusses der Eisenbahner konnte der Fernver- kehr bis zur Stunde, wenn auch mit empfindlicher Verspätung, aufrechterhalten werden. Auch der Güterverkehr findet in vollem Umfange statt. Im Nahverkehr mußten zwar große Einschränkungen erfolgen, doch kann von einer vollständigen Betriebs- einstellung nicht die Rede sein. Auch in Pasewalk, Stral- sund und Stargard hat der Eisenbahnbetrieb seine nennenswerten Störungen erfahren.

Thorn, 18. Juli. Ein deutscher Vertreter teilte in einer Beamtenversammlung mit, die pol- nische Regierung erkennt an, daß sie auf die Unterstützung der deutschen Beamten an- gewiesen ist, da Kongresspolen und Galizien keinen Ersatz stellen können. Die Beamtengehälter wür- den voraussichtlich höher als in Preußen sein. Die Amtssprache wäre polnisch, doch würde in den ab- zutretenden Gebieten die deutsche Sprache neben der polnischen belassen, zunächst sogar vorherrschende Amtssprache sein. Wie weit den westpreussisch-polen- schen Gebieten eine gewisse Selbständigkeit zugestan- den werden könne, — evtl. Gründung eines deutsch- polnischen Bundesstaates — darüber soll nächste Wo- che in Warschau verhandelt werden.

Frankfurt a. M., 17. Juli. Im Sitzung-

saal der Handelskammer erfolgte gestern die Gründung einer niederländischen Handelskammer, die mit Niederlassungen in Berlin, Düsseldorf und Dortmund eine einheitliche Organisation darstellt. Die Errichtung einer Zweigniederlassung in Nürnberg ist in Aussicht ge- nommen.

Basel, 18. Juli. Nach einer Washingtoner Ha- vasmeldung berief Wilson eine Konferenz von 17 re- publikanischen Senatoren ein, um über den Friedensvertrag und den Bülkerbund zu beraten.

Genf, 18. Juli. Die Friedenskommission der französischen Kammer wird Erklärungen Clemenceaus entgegennehmen über die Tragweite der militärischen Garantien, die Frankreich durch den Friedensvertrag erhält. Man nimmt an, daß die Plenarsitzungen der Kammer über den Frie- densvertrag am 5. August beginnen werden und daß sie wahrscheinlich die ganze Woche ausfüllen werden. Der Senat hat seinerseits eine Kommissi- on ernannt, die verschiedene Berichterstatter für die einzelnen Abschnitte des Vertrages gewählt hat. Unter diesen Umständen wird die Zustimmung des Senats unmittelbar derjenigen der Kammer folgen, sobald der Friedensvertrag von französischer Seite zwischen dem 15. und 20. August ratifiziert wer- den kann. Man nimmt nach französischen Zeitungen an, daß auch das englische Parlament bereits in der nächsten Woche dem Friedensvertrag zustimmen werde und daß die Ratifikation in den Vereinigten Staaten auch noch vor derjenigen Frankreichs er- folgen wird.

Haag, 18. Juli. „Daily Chronicle“ be- richtet: Die englische Regierung wird am Mon- tag im Unterhaus die Ratifizierung des Frie- densvertrages beantragen. Die drei Lesungen des Gesetzentwurfes sollen an einem Tage durch- geführt werden. Auch das englisch-französische Ab- kommen wird, wenn irgend möglich, am Montag durch das Parlament ratifiziert werden. Lloyd George wird in die Debatte eingreifen.

Haag, 18. Juli. Wie die „Chicago-Tribune“ mel- det, haben sich die amerikanischen, japanischen und italienischen Delegierten offiziell gegen den Kaiserprozeß ausgesprochen. Die Franzosen seien darüber sehr erregt.

Täglich frisch
geräucherte Heringe,
frisch geräucherten Klippfisch,
Lachsheringe, ff. Salzheringe,
feinste Delikatessheringe, Del-
sardinen, heute eintreff.: Scholle
in Gelee, 1 Pfd. Dose 4 M., noch
sehr schönes Sauerkraut, Ge-
würzgurken, neue saure Gur-
ken, ff. Garzerkäse, Aufstrich-
käse usw. empfiehlt

Ernst Heymann.
Frisches Gemüse ist wieder
eingetroffen, grüne Stachelbee-
ren zum Einkochen.

Achtung!
Bei günstiger Witterung heute
Sonnabend auf dem Wochen-
markt:
Blumenkohl, Weißkraut,
Rohrabi, Möhren, Zwiebeln,
grüne Holländer Gurken und
verschiedenes mehr.
Josef Zettel.

Heute ist
frischer Schellfisch
eingetr., fern. empf. Blumenkohl,
Rohrabi, Möhren, Schoten,
Weißkraut, Zwiebeln, Peter-
silie, Rettiche, Marablen, frisch
geräucherte Heringe.
Jda Hauschild.

Empfehle
junges Gemüse
als: Gärtner-Gurken, Wir-
sing, schönes Weißkraut, Blu-
menkohl, starke Möhren, Rohr-
rabi, frische Schoten, ferner
frisch geräucherte Heringe.
Aline Günzel.

Frischer Schellfisch
trifft heute abend bestimmt ein.
Um flotte Abnahme bittet
Ernst Heymann.

Samte
in jeder Farbe große und kleine
Posten gegen Kaffe zu kaufen
gesucht.
Wilhelm C. Bauer,
Magdeburg.

Spiegelblank
werden Marmor, Parkett bei fortlaufendem Gebrauch von **Parkett-
bodenwische**
Roberin.
Alleiniger Hersteller: Carl Gentner, Göppingen (Württbg.).

Central-Theater.
Am Sonnabend u. Sonntag, den 19. u. 20. Juli:
„Im Krone und Peitsche“
oder: Der Todesprung vom 20 m hohen Turm
der beliebtesten Schauspielerin
Fern Andra.
Ein Zirkus- und Eposroman in 6 Akten.
Außerdem das übliche Beiprogramm.
— Anfang punkt 7,3, 7 und 9 Uhr. —
Wegen 100% Aufschlag der Filme, sowie gewaltiger
Erhöhung des Strompreises und aller anderen Unkosten
sehen wir uns genötigt, dem geehrten Publikum mitzutellen,
daß wir die Preise ab Sonnabend, den 19. Juli um je
20 Pf. erhöhen müssen, Kinder 10 Pf.
Wir bitten um weitere gütige Unterstützung und laden
freundlichst ein.
Die Besitzer.

Geschäfts-Eröffnung.
Der geehrten Einwohnerschaft von Eibenstock und Umgegend zur
gest. Kenntnis, daß ich mit heutigem Tage das bisher von meinem
Schwiegervater, Herrn **Bernhard Neubert**, geführte **Material-
warengeschäft, Feldstr. 1, übernommen u. neu eröffnet** habe.
Es wird mein eifrigstes Bestreben sein, meine Kundschaft gut und
teuill zu bedienen.
Otto Schellenberger.
Die zur Ausgabe kommenden **Lebensmittellisten** bitte ich zur
Anmeldung ehestens einzureichen.

**Wer in einem Glasschrank sitzt,
darf nicht mit Steinen werfen!**
Jünglingsverein:
7,3 Uhr Wanderung.
Jungfrauenverein:
Versammlungen.
**Geübte
Wäsche-Ausbesserin**
sucht
Elise Kessler.
Frachtbrieft bei Emil Hannebohn.

Gesellenverein.
Sonnabend abend 7,9 Uhr
Versammlung
(Kaffee Mühlig). Um zahlreiches
Erscheinen bittet **der Vorstand.**
Selektenschüler
der Klassen I bis III sammeln
sich bei günstigem Wetter Sonn-
abend früh 7 Uhr Industrieschule
zum Ausflug n. d. **Auhberg.**
Grdm.
Sonntag, d. 20.
7. 19 Ausflug nach
Kuhberg. Abm.
pfl. 1/2 Uhr v.
Kaff. Schum.
Um rege Bet.
— auch der w.
Angehörig. —
wird gebeten.

Zu vermieten:
**Hauptstraße 2, Obergesch.,
4 Zimmer, Küche, Zubehör**
als Wohn- oder Geschäftsräume,
1 größerer heller Raum etwa
100 qm,
ferner
Schneebergerstr. 2, Hinterhaus,
größere helle Räume (bisher
Stilmaschinenfäle).
Hedwig verw. Foerster.

Frischen Nabeljau
empfehlen **Emil Zeuner.**
Frischer Schellfisch
trifft bestimmt heute ein bei
Aline Günzel.

Große Qualitätszigarren,
650 Mark per Mille, verkauft
laufend von 500 Stück an
Curt Demmrich, Zwickau,
Lindenstraße 12B.

Zu verkaufen:
1 Kleiderschrank, 1 Kommode,
1 Bett, 1 Regulator.
Sofaerstr. 1.

2 möbl. Zimmer
an Sommerfrischler sofort zu ver-
mieten. Wo, zu erfahren in der
Geschäftsstelle dieses Blattes.

Wer guten Verdienst
sucht, sende seine Adresse unter
A. F. an die Geschäftsst. d. Bl.

Eine Ladeneinrichtung
billig zu verkaufen
Wiesenstraße Nr. 9.

Stoßholz
kauft jeden Posten
Emil Hannebohn.

**Verschiedene
Plakate,**
als
Nicht auf den Boden spucken usw.
Die Beschäftigung von Kindern in
Fabriken betr.
Das Mitbringen von Hundebetr.
Warnungsplakate f. Mangelfrühen.
Man bittet, das Bestellte sogleich
zu bezahlen.
Borgen tu' ich nicht usw.
Bierpreisplakate.
Abfertigung.
Eure leise zumachen.
Contor.
Brotpreisplakate.
Stiderei-Ausgabe.
Zutritt verboten!
Rauchen verboten!
Für Männer.
Für Frauen.
sind vorrätig in der Buchdruckerei
von **Emil Hannebohn.**